



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen von
Brot für die Welt Jugend
zur Wahl zum Europäischen Parlament 2019
14. Mai 2019**

- 1. Flucht/Migration: sichere Fluchtwege, europäische Solidarität**
2018 starben mehr als 2.200 Menschen im Mittelmeer auf dem Weg nach Europa. Wie wollen Sie sich auf EU-Ebene für sicherere Fluchtwege einsetzen und europäische Staaten dazu bringen, die Verantwortungen der Migration in Europa unter sich aufzuteilen?

Antwort

Damit Menschen erst gar nicht in Seenot geraten, bekämpfen wir Fluchtursachen und Schlepperbanden. Es ist alles zu unternehmen, um das Sterben im Mittelmeer zu verhindern. Unser Europa bekennt sich zu seinen rechtlichen und humanitären Verpflichtungen. Zugleich wollen wir, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Nur so können wir den wirklich Schutzbedürftigen helfen. Wir setzen auf europäische Transitzentren. Dort muss geprüft und entschieden werden, ob jemand schutzbedürftig ist und einreisen darf. Ergänzend wollen wir regionale Aufnahmezentren in Nordafrika einrichten. Unser Ziel ist ein einheitliches und schnelles Asylverfahren mit der Möglichkeit, innerhalb der EU einmalig einen Asylantrag zu stellen. Dabei ist die grundsätzliche Zuständigkeit des Ersteinreiselandes beizubehalten und eine solidarische Lastenverteilung sicherzustellen. Alle europäischen Staaten müssen ihrer Verantwortung gerecht werden.

- 2. Unternehmensverantwortung/Kinderarbeit**

Weltweit gibt es 168 Millionen Kinder, die, anstatt die Schule zu besuchen, in ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen gefangen sind. Diese schädigen ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung und sind zum Teil lebensgefährlich. Diese inakzeptablen Verhältnisse werden dadurch verstärkt, dass durch Kinderarbeit produzierte Produkte hier nach Europa importiert werden. Was werden Sie unternehmen, um allen Kindern ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen?

Antwort

CDU und CSU setzen sich dafür ein, weltweit gute Arbeit zu fördern und soziale Ungleichheit abzubauen. Daher wollen wir die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen – insbesondere der Internationalen Arbeitsorganisation – vertiefen und die Zusammenarbeit im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik weiter

voranbringen. Die Strategie zur Bekämpfung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und Arbeitsausbeutung soll fortgesetzt, verstetigt und intensiviert werden.

3. Bildung: politische Bildung, globales Lernen

Politische Bildung für alle Menschen unabhängig von sozialer Herkunft ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft und eines vereinten Europas. Wie kann auf europäischer Ebene ein politisches Bildungsprogramm realisiert werden, das möglichst viele Menschen erreicht?

Antwort

Gemäß unserem Grundgesetz fällt die Bildungspolitik in die Zuständigkeit der Länder. Das bedeutet, dass politische Bildung hierzulande im Schulunterricht entsprechend den Bildungsplänen der Länder stattfindet, außerdem auch im Rahmen der Erwachsenenbildung.

Im Jahr 2014 startete auf europäischer Ebene das Programm Erasmus+ für Bildung, Jugend und Sport. Das sehr erfolgreiche Bildungsprogramm wird nach dem Willen von CDU und CSU über das Jahr 2021 hinaus fortgeführt und finanziell aufgestockt. Zu den „übergeordneten Zielen“ des Programms Erasmus+ gehört auch die Förderung der europäischen Werte gemäß Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union. Damit gemeint sind die Werte, auf die sich die Europäische Union gründet, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte von Minderheiten. Damit diese Werte dauerhaft in allen Mitgliedstaaten beachtet werden, sprechen wir uns dafür aus, die politische Bildung im Rahmen der rechtlichen Zuständigkeiten auch auf europäischer Ebene zu stärken. Durch die Aufstockung der Erasmus+-Mittel wird es in Zukunft noch mehr EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern möglich sein, an entsprechenden Bildungsangeboten teilzunehmen und davon zu profitieren.

4. Klima

Nordamerika und Europa haben weltweit den größten ökologischen Pro-Kopf-Fußabdruck. Jedoch sind die Folgen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens momentan am meisten spürbar. Wie sorgen Sie dafür, dass die Länder im Globalen Süden, die jetzt schon unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden,

von der EU als Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen, entschädigt und unterstützt werden?

Antwort

Europa ist der Antreiber für weltweiten Klimaschutz. Ohne Europa wäre der Klimaschutz und vor allem auch das Pariser Klimaabkommen so nicht auf den Weg gebracht worden. Ziel von CDU und CSU ist dabei weiterhin, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz zu vereinen.

Unser Europa soll auch für unsere Kinder und Enkelkinder lebenswert bleiben. Deshalb sind für unser Europa die Bewahrung der Schöpfung, die Erhaltung der Artenvielfalt und damit auch der Kampf gegen den Klimawandel zentrale Anliegen. Wir verfolgen diese Ziele entschlossen, mit Vernunft und Augenmaß. Wir konkretisieren die Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz und setzen sie Schritt für Schritt um. Wir fordern die globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen und deren rasche Umsetzung, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten.

5. Jugendpartizipation

Bei der letzten Europawahl 2014 haben gerade einmal 39,6 % der unter 21 Jährigen Wahlberechtigten und 35,3 % der 21-24-jährigen ihr Kreuz gesetzt. Was für Partizipationsmöglichkeiten planen Sie für diese Zielgruppe und wie wollen sie junge Menschen stärker in den EU-Diskurs einbinden?

Antwort

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist nur mit einer engagierten Bürgerschaft möglich. Daher sind EU-Förderprogramme wie JUGEND IN AKTION, GRUNDTVIG und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ Meilensteine für mehr politische Partizipation.

Um junge Menschen stärker in den EU-Diskurs einzubinden, wollen wir den EU-Jugenddialog weiter fördern. Mit dieser Strategie wird sichergestellt, dass Politik, die Jugendliche betrifft, auch jugendgerecht ist. Zudem wollen wir mehr Austausch für Studenten und Auszubildende im Rahmen von Erasmus+ ermöglichen.